

Magazin für kommunale Bildungslandschaften 2 | 2017

bewegt



MICH FRAGT

JAK KEINER

Demokratie braucht
partizipative Bildungsprozesse
in der Kommune

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

deutsche kinder-
und jugendstiftung



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

Agentur Großstädte

Das Großstadtnetzwerk der Transferagentur der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung

Veranstaltungen im Überblick

Kommunen, die teilnehmen können:

- Großstädte, die am Programm „Lernen vor Ort“ teilgenommen haben
- Großstädte ab 250.000 Einwohnerinnen und Einwohner und Berliner Bezirke

FACHGRUPPE Kommunales Bildungsmanagement

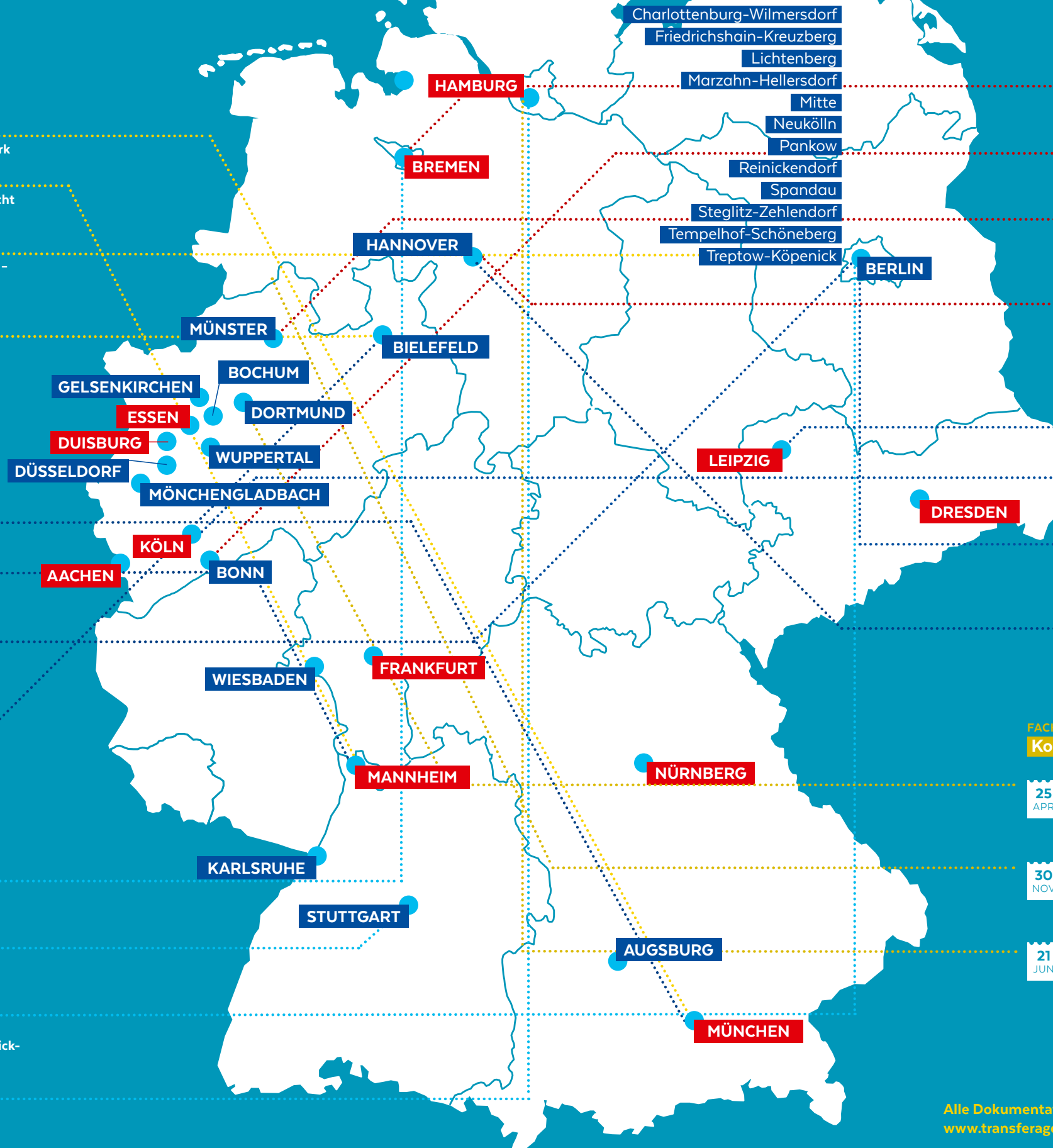
- 12 NOV** 12.-13. November 2015 | München
Auftritt der Fachgruppe im Großstadtnetzwerk
- 30 MAI** 30.-31. Mai 2016 | Mannheim
Systematisch verzahnen - Vom Bildungsbericht zur Bildungsstrategie
- 06 OKT** 6.-7. Oktober 2016 | Berlin
Mehrwert einer integrierten Bildungsplanung - Kooperationsstrukturen ausbauen und kommunale Fachplanungen verzahnen
- 17 MAI** 17.-18. Mai 2017 | Bielefeld
Heterogenität der Großstadt - Das Konzept der Sozialraumorientierung im kommunalen Bildungsmanagement

FACHGRUPPE Kommunales Bildungsmonitoring

- 12 NOV** 12.-13. November 2015 | München
Auftritt der Fachgruppe im Großstadtnetzwerk
- 30 MAI** 30.-31. Mai 2016 | Mannheim
Systematisch verzahnen - Vom Bildungsbericht zur Bildungsstrategie
- 06 OKT** 6.-7. Oktober 2016 | Berlin
Mehrwert einer integrierten Bildungsplanung - Kooperationsstrukturen ausbauen und kommunale Fachplanungen verzahnen
- 17 MAI** 17.-18. Mai 2017 | Bielefeld
Heterogenität der Großstadt - Das Konzept der Sozialraumorientierung im kommunalen Bildungsmanagement

FACHGRUPPE Lokales Bildungsmanagement

- 07 DEZ** 7.-8. Dezember 2015 | Bremen
Bildung lokal - Langfristige Strategien in der Einwanderungsgesellschaft
- 27 APR** 27.-28. April 2016 | Stuttgart
Lokale Bildungsverbände in das kommunale Bildungsmanagement einbinden
- 24 JAN** 24.-25. Januar 2017 | Berlin
Lokale Bildungsverbände für städtischen Zusammenhalt - Wie Bildung und Stadtentwicklung neue Bildungslandschaften gestalten
- 21 JUN** 21.-22. Juni 2017 | Hamburg
Bildung im Sozialraum gestalten - Gemeinsam mit Zivilgesellschaft



FACHGRUPPE Diversität und Bildung

- 07 DEZ** 7.-8. Dezember 2015 | Bremen
Bildung lokal: Langfristige Strategien in der Einwanderungsgesellschaft
- 23 MAI** 23.-24. Mai 2016 | Bonn
Stadt der Sprachen - Sprachbildung für Neuzugewanderte systematisieren
- 30 NOV** 30. November - 1. Dezember 2016 | Münster
Wie integriert Bildung? Neue Zuwanderung im kommunalen Bildungsmanagement strategisch entwickeln
- 07 DEZ** 7.-8. Dezember 2017 | Hannover
Kein Raum für Qualität? Wie Großstädte neue Lernorte gestalten.

FACHGRUPPE Bildung und Stadtentwicklung

- 25 NOV** 25.-26. November 2015 | Leipzig
Auftritt der Fachgruppe im Großstadtnetzwerk
- 09 MAI** 9.-10. Mai 2016 | Köln
Mehr als Schule - Das Quartier als Lernumfeld planen
- 24 JAN** 24.-25. Januar 2017 | Berlin
Lokale Bildungsverbände für städtischen Zusammenhalt - Wie Bildung und Stadtentwicklung neue Bildungslandschaften gestalten
- 07 DEZ** 7.-8. Dezember 2017 | Hannover
Kein Raum für Qualität? Wie Großstädte neue Lernorte gestalten.

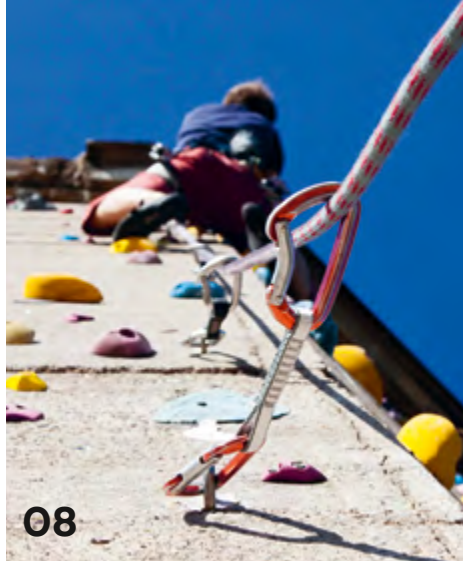
FACHGRUPPE Kooperation Kommune und Zivilgesellschaft

- 25 APR** 25.-26. April 2016 | Dortmund
Schnell handeln - aber nicht ohne Plan. Wie Kommunen mit guter Koordination die Neue Migration bewältigen
- 30 NOV** 30. November - 1. Dezember 2016 | Münster
Wie integriert Bildung? Neue Zuwanderung im kommunalen Bildungsmanagement strategisch entwickeln
- 21 JUN** 21.-22. Juni 2017 | Hamburg
Bildung im Sozialraum gestalten - Gemeinsam mit Zivilgesellschaft

Alle Dokumentationen der Treffen im Großstadtnetzwerk gibt es hier:
www.transferagentur-grossstaedte.de/veranstaltungsarchiv

Inhalt

bewegt 2/2017



- BACKSTAGE
- 02 Das Großstadtnetzwerk der Transferagentur der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung**
Veranstaltungen im Überblick
- 6 FRAGEN AN: PROF. DR. STEPHAN MAYKUS
- 06 Das Potenzial von kommunalem Bildungsmanagement? Bildungsorte zu schaffen, die die demokratische Entwicklung der Gesellschaft fördern**
Interview mit dem Sachverständigen des 15. Kinder- und Jugendberichts
- QUERGEDACHT
- 08 Beteiligung nach Frankfurter Art**
Von Chancen und Herausforderungen eines offenen Partizipationsprozesses
- WER VISIONEN HAT ... KANN EINE STADT VERÄNDERN
- 10 „Ich möchte weg von dem Bildungstoaster und neue, flexible Lernorte gestalten“**
Bezirksstadtrat Jan-Christopher Rämer spricht über seine Ideen für mehr Bildungsgerechtigkeit

- SEITENBLICK
- 12 ABC der Beteiligung**
- KONTROVERS
- 14 Partizipation – Standbein der Demokratie!?**
Dr. Michael Freitag und Prof. Dr. Andreas Thiesen im Chat
- STADTSPAZIERGANG
- 16 Nicht nur eine Strecke, die von A nach B führt – das Bildungsband Osdorfer Born**
Beteiligung im Hamburger Bezirk Altona
- MEDIENTIPPS
- 22 Rund um das Thema Demokratie und Partizipation**
- 23 Impressum**

Editorial

Ob in Deutschland, Europa oder Übersee – die politischen Tendenzen zeigen: Demokratie ist kein Selbstläufer. Ein Teil der Bevölkerung fühlt sich nicht gehört, nicht gefragt, abgehängt. Um dem etwas entgegen zu setzen, wird vielerorts nach Wegen gesucht, die Menschen mehr einzubeziehen in Entscheidungen, die sie betreffen. So heißt es in der Nürnberger Erklärung des Deutschen Städtetags beispielsweise: „Erst Transparenz und Erläuterung schaffen Glaubwürdigkeit – Kommunalpolitik muss reden: persönlich, direkt, miteinander. Dabei können andere Formen der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger die repräsentative Demokratie ergänzen und bereichern und die gewählten Verantwortungsträger unterstützen.“

Der Ruf nach Partizipation, nach echter Beteiligung ist lauter denn je. Wir wollten für die aktuelle Ausgabe von „bewegt“ daher wissen: Wann ist Beteiligung gelungen? Inwiefern stärken partizipative Prozesse in der Kommune die Demokratie? Und was kann das kommunale Bildungsmanagement dazu beitragen, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene wirklich teilnehmen an gesellschaftlichen Veränderungen in ihrem Stadtteil oder ihn sogar aktiv mitgestalten?

Teilen Sie uns gerne Ihre Gedanken zum Thema mit.
Darüber freut sich

Sarah Küchau

Sarah Küchau
Redaktionsleitung





6 FRAGEN AN: PROF. DR. STEPHAN MAYKUS

Das Potenzial von kommunalem Bildungsmanagement? Bildungsorte zu schaffen, die die demokratische Entwicklung der Gesellschaft fördern

Im Interview erklärt der Sachverständige der Kommission des 15. Kinder- und Jugendberichts Prof. Dr. Stephan Maykus, wie Kinder- und Jugendbeteiligung die Demokratie fördern.

Im 15. Kinder- und Jugendbericht wird die Selbstpositionierung als zentrale Dimension des Erwachsenwerdens beschrieben, die unsere Demokratie stärkt. Was ist damit gemeint?

Im Bericht wird zunächst die Leitperspektive „Jugend ermöglichen“ entworfen. Damit ist gemeint, dass die Lebensphase Jugend nicht nur eine Phase des Erwachsenwerdens ist, die individuell bewältigt und gestaltet werden muss. Nein, diese Herausforderung trifft auch auf soziale und gesellschaftliche Bedingungen. So handelt der Bericht auch von einem Verständnis von Jugend, das eine bestimmte Art und Weise des Teilwerdens von Gesellschaft betont, es ist die Rede von einem „gesellschaftlichen Integrationsmodus Jugend“. Dabei kommen drei Kernherausforderungen für Jugendliche zum Tragen: Qualifizierung, Verselbstständigung und eben die Selbstpositionierung. Wenn Jugendliche sich positionieren, dann vermitteln sie ihre Inter-

essen, Wünsche, Ziele, Wertvorstellungen mit denen in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen und auch Institutionen. Sie gestalten eine Balance zwischen Individualität und Integration, zwischen einzigartigen und persönlichen Lebens- und Denkweisen und den gesellschaftlich geprägten, für soziale Teilhabe wichtigen Verhaltensweisen. Selbstpositionierung wird vor allem durch Erfahrungen der Partizipation gefördert und durch die Möglichkeit, eigene Themen einzubringen, zu verhandeln, Gründe auszutauschen, Perspektiven zu vergleichen und Einfluss zu nehmen. Das stärkt die Demokratie, weil es selbst eine Erfahrung in demokratischem Handeln ist und eine politische Haltung sowie Kultur prägen kann. Politische Bildung im Jugendalter sollte genau das fördern, das konkrete Engagement und partizipative Erfahrungen. Die Demokratieorientierung der Jugendlichen ist durchaus hoch, die Formen der Partizipation und des Engagements können aber noch besser an den Jugendinteressen anknüpfen.

Heißt das, vergangene Versuche sind gescheitert? Oder hat sich die Welt so sehr verändert, dass es neue Formen braucht?

Von Scheitern würde ich so pauschal nicht sprechen. Aber ich denke, die Betonung der Partizipation hat mit veränderten Verhältnissen zu tun, die eine andere Reichweite von Beteiligung erfordern. Wenn die Welt, wie in der Frage angedeutet, anders, komplexer, unkalulierbarer geworden ist, dann sind Erfahrungen der Selbstwirksamkeit umso wichtiger. Und mit der Digitalisierung geht die Anforderung einher, Jugendlichen zu ermöglichen, sich Urteile differenziert und begründet zu bilden, die dann Grundlage ihres Handelns werden. Dafür braucht es soziale Begegnungen, Erfahrungen des Austauschs und des Zusammenlebens. Der Nahraum der Jugendlichen, ihre alltägliche Lebenswelt, ihre Orte, sollten daher viel mehr als Räume gesehen werden, die durch sie gestaltet werden. Da reichen einmalige Projekte, Aktionen oder Mitmachwettbe-

werbe nicht aus. Gefragt ist eine konsequente Jugendorientierung in den Institutionen vor Ort. Eine neue Reichweite der Beteiligung als Handeln in demokratischen Strukturen und eine jugendorientierte Konsequenz aller Beteiligten darin – das könnte man dann als „neue Form“ bezeichnen.

Im Bericht heißt es, dass Institutionen sich demokratisch öffnen müssten. Was sollte Verwaltung konkret tun?

Die Verwaltung mit dem kommunalen Bildungsmanagement hat einen bedeutenden Anteil an der „Aktivierung des Jugendlebens“. Bildung und Jugend in der Stadt ist nicht einfach ein Anwendungsbeispiel oder -feld für kommunales Bildungsmanagement, sondern konfrontiert es mit seinen Bezügen zum kommunalen Bildungsgeschehen selbst. Das Potenzial des kommunalen Bildungsmanagements bezieht sich einerseits zwar auf Daten, Vernetzung, Koordinierung, Ziel- und Ressourcenorientierung, andererseits aber auch auf die Initiierung von kommunalen Bildungsgelegenheiten als Basis von Gesellschaftsentwicklung in den Stadtteilen. Die Verständigung über Vorstellungen guten Zusammenlebens, von gelingender Integration, vom jugendlich-Sein und hierfür relevanter Bildung kann nicht einfach Betrachtungsobjekt sein. Das lässt sich nämlich kaum anhand von Daten darstellen. Sondern das ist das Ergebnis einer Auseinandersetzung in den Stadtteilen. Kommunales Bildungsmanagement kann das initiieren, zur Formulierung und Verfolgung starker, wirkungsvoller Ziele beitragen, und der kommunalen Praxis Orientierung geben. Es kann dabei in der Stadt eine schlüssige, gemeinsam vereinbarte Strategie für das Grundlegen, was kommunal beeinflusst werden kann: jugendorientierte Konzepte in der Schul- und Sozialpädagogik, der Einsatz für das städtische Jugendleben, die Abstimmung der Akteure vor Ort und konsequente Partizipation – eben Jugend in der Stadt ermöglichen.

Ein Fazit des Berichts lautet: „Entsprechend bleibt unklar, ob die Partizipation von Jugendlichen [...] nur so weit reicht, wie sie nicht der organisationalen Effizienz der jeweils Partizipation ermöglichenden Institution schadet.“ (S. 114) Wie kann man dem entgegen?

Unklar bleibt in der Betrachtung aller Partizipationsfelder und -bedingungen von Jugendlichen – die im Einzelnen ja auch gar nicht vollumfänglich erfasst und bewertet werden können – ob die gerade beschriebene neue Reichweite und Konsequenz einen hervorgerufenen Stellenwert in den Organisationen spielen, ob sie also einen Sinn damit verbinden und die Erfahrung von Partizipation ihre Ziele und Aufträge gut (vielleicht besser) erreichen lässt. Bislang kann man einen solchen jugendorientierten Organisationswandel wohl nicht beobachten. Daher stammt die beschriebene Kritik: Im Zweifelsfall kommen die Perspektiven der Fachkräfte oder der Auftraggeber an erster Stelle, bevor die Stimmen der Ju-

gendlichen gehört werden. Beispiel Ganztagschule: Die Akzeptanz bei Jugendlichen wäre sicher höher, wenn sie Partizipationsstrukturen und -erfahrungen als Konzeptern profilieren würden. Dafür muss es Anreize geben, die innovativen Modellen einer multiprofessionellen und partizipativen Pädagogik des Jugendalters angemessene Rahmenbedingungen verschaffen: durch Entscheidungen in der Politik, entsprechende Gesetzgebungen und Richtlinien, durch Finanzierungsformen. Und natürlich ist Qualifizierung wichtig, z.B. im Studium: Partizipation ist nicht nur Merkmal einer Jugendpädagogik, sondern auch Ausdruck von pädagogischer Kompetenz. Und sie ist Merkmal einer derart offenen Gestaltung von Organisationen, die durch Führungskräfte und Teamarbeit unterstützt werden muss.

Wie empfinden Jugendliche eine gelungene Beteiligung?

Alibibeteiligung wird schnell entlarvt: Dann werden Jugendliche um ihre Meinung oder nach Ideen gefragt, ohne dass das aber wirklich von Bedeutung wäre für den Anlass. Da muss vielleicht eine Beteiligungsaktion offiziell nachgewiesen werden, ohne sie für Entscheidungen zu nutzen, Jugendliche dabei auch einzubeziehen und vor allem ohne ihnen die Rahmenbedingungen der Beteiligung zu erklären: Worüber soll wie gemeinsam nachgedacht werden? Warum in welcher Form? Was passiert später mit den Ergebnissen? Wie haben Jugendliche die Möglichkeit, an Entscheidungsprozessen mitzuwirken? Gelungene Beteiligung ist dann das Gegenteil davon und möglichst die Erfahrung in einer ohnehin erlebten Kultur der Teilnahme.

Was braucht es, damit die Beteiligung im Sozialraum gelingt?

Um ein (Ideal-)Bild zu vermitteln, umreiße ich an dieser Stelle ein Rahmenkonzept, das ich in den nächsten Jahren mit einer Stadtverwaltung entwickeln möchte. Ich nenne es das „Forum junges Stadtteileben“, das die (durchaus gemischten) Erfahrungen kommunaler Jugendbeteiligung mit ihren selektiven Effekten und vielleicht fremd wirkenden Organisationsformen aufgreift und eine umfangreichere, alle Stadtteilakteure einbeziehende Dauerstruktur der Stadtteiljugendbeteiligung und -politik schaffen möchte. Gar nicht so einfach und sicher ein langfristiges Vorhaben, aber den Grundsätzen einer konsequenten Jugendorientierung im kleinräumigen Sinne verpflichtet: Alle beteiligten Einrichtungen und ein durch sie gegründetes Netzwerk im Stadtteil sollen nach einer Pädagogik der Partizipation und demokratischen Engagementförderung arbeiten, wie sie Benedikt Sturzenhecker für die Jugendarbeit und Bildungsnetzwerke entwickelt hat. Sie haben damit eine verbindende Grundlage und ein gemeinsames Verständnis von Jugendpädagogik. Das allein wäre schon ein Gewinn. Zusätzlich aber ist an die Gründung eines Stadtteiljugendparlamentes oder Jugendbürgerforums im Stadtteil gedacht,

in das alle Institutionen gewählte jugendliche Mitglieder entsenden – sie machen das damit zu einem Teil ihres Alltags in der Schule, dem Verein oder dem Jugendhaus. So entsteht eine permanente Orientierung an Partizipation und gleichzeitig eine verbindliche Struktur von Stadtteilöffentlichkeit sowie idealerweise die benannte lebendige kommunale Aktivierung des Jugendlebens. Das ist auch ein Impuls für entsprechende Konzepte und Organisationsgestaltung, also Anlass für eine weitere pädagogische Professionalisierung der Akteure vor Ort. Beides, das Netzwerk der Fachkräfte und das Jugendstadtparlament, führen mehrmals im Jahr gemeinsame Sitzungen durch, bringen also ihre Themen in Berührung und zur Verhandlung. Genau das ist dann im Zusammenspiel das „Forum junges Stadtteileben“. Und wenn dann Verwaltung und Politik sich mit den Ergebnissen des Forums beschäftigen und in ihre Entscheidungen einbeziehen, hätte das kommunale Bildungsmanagement und die Bildungs- und Jugendpolitik vor Ort ein Fundament, das das Plädoyer des 15. Kinder- und Jugendberichts für eine neue jugendorientierte Politik auch wirklich mit (Stadt-)Leben füllt.



Prof. Dr. Stephan Maykus ist Professor für Methoden und Konzepte der Sozialen Arbeit an der Hochschule Osnabrück.

Das vollständige Interview mit Prof. Dr. Stephan Maykus lesen Sie unter www.transferagentur-grossstaedte.de/magazin-2017/fragen-an-maykus

LINKS

- 15. Kinder- und Jugendbericht des BMFSFJ:** www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/15--kinder--und-jugendbericht/115440
- DJI Impulse. Bulletin des Deutschen Jugendinstituts, „Projekt: Erwachsen werden“:** www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin_d_bull_d/bull115_d/DJI_17_01_Web.pdf
- Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern von Benedikt Sturzenhecker und Moritz Schwerthelm:** www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftliches-engagement-von-benachteiligten-foerdern-1
- Fachgruppe im Großstadtnetzwerk zum Thema Beteiligung:** www.transferagentur-grossstaedte.de/veranstaltungen/grossstadtnetzwerk/bildungsmanagement-kooperation



Monika Ripperger



Maren Hullen

Beteiligung nach Frankfurter Art

„Frankfurt macht Schule“ heißt der Dialogprozess rund um den Schulentwicklungsplan (SEP) der hessischen Großstadt. Stabsstellenleiterin Monika Ripperger und Bildungsplanerin Maren Hullen vom Stadtschulamt der Stadt Frankfurt am Main erzählen von den Chancen und Herausforderungen eines offen gestalteten Beteiligungsvorhabens.

Zeitschiene:

1. partizipative Entwicklung des Schulentwicklungsplans (ab 2014)
2. Genehmigung des SEP (2015)
3. partizipative Umsetzung des SEP (bis 2019)
4. Fortschreibung jährlich

Neue Anforderungen an Schule: ... die:

- stark steigende Schülerzahlen
- Inklusion
- Ganztage
- neue Zuwanderung
- Digitalisierung

- nur in Kooperation zu meistern sind
- grundsätzliche Überlegungen angestoßen haben
- mehrere Ressorts betreffen: u. a. Schulträger und Träger der Jugendhilfe, Jugend- und Sozialamt, Stadtschulamt, Amt für Multikulturelle Angelegenheiten, Stadtplanungsamt

Ein gemeinsames Leitprinzip setzt den Rahmen:

„Unser Leitprinzip ist nicht neu, hat aber an Aktualität nicht eingebüßt: Bildung vom Kind aus denken.“ Das heißt in der Umsetzung, in multiprofessionellen Teams zu planen und sich immer wieder die Prüffrage zu stellen: „Ist das, was ich tun möchte, tatsächlich auf das Kind ausgerichtet?“ (Ripperger)

Schulentwicklungsplanung mit allen:

„Wenn man so einen Prozess erstmal in Gang gesetzt hat, kann man nicht mehr nachsteuern. Der Korridor der Beteiligung muss vorher ganz klar definiert sein.“ (Ripperger)



Mit der Entscheidung, den Entstehungsprozess des Schulentwicklungsplans komplett zu öffnen, bewies die Bildungsdezernentin nicht nur Mut. Sie sorgte auch für die entsprechende Rahmung.

erarbeitet die Grundlagen

verantwortlich für die Einhaltung formalrechtlicher Vorgaben des Schulentwicklungsplans, tagt ämterübergreifend: Stadtschulamt, Jugend- und Sozialschulamt, erweitert durch das Stadtplanungsamt und Revisionsamt sowie das hessische Kultusministerium als Gast

in Vor- und Nachbereitung der Werkräume eingebunden, heute Pilotgruppen

„Wenn man die Themen der Kinder und Jugendlichen ernst nimmt und das auch zeigt, ist das ein direktes Demokratieerlebnis.“

Monika Ripperger



Widerstände:

• Methode: „Am Anfang kam Unmut auf, da wir den Prozess zu sehr geöffnet hatten. Dabei ist das Gefühl entstanden, dass wir die Ideen von den Beteiligten abschöpfen, um ihnen den Prozess anschließend aus der Hand zu nehmen.“ (Ripperger)

- Skepsis um Relevanz der Ergebnisse: „Landen die Ergebnisse wie so oft in der Schublade?“
- Irritationen in Bezug auf Positionen und Rollen, die neujustiert werden mussten
- mitgestalten, statt Forderungen zu formulieren

„Es gab viel Zuspruch auf Planerebene. Themen können tiefgreifender bearbeitet werden. Das abteilungsübergreifende Arbeiten wirkt gegenläufig zur Linienstruktur des Amtes. Das schafft Irritation und braucht eine gute Kommunikation.“ (Hullen)

Indizien dafür, dass es sich gelohnt hat:

- der Schulentwicklungsplan wurde im ersten Durchlauf genehmigt. „Das gab es noch nie.“ (Hullen)
- trotz Dezernatswechsel wurde der SEP so weitergeführt
- großer Rückhalt bei allen Beteiligten
- neues Vertrauen der Eltern und Sensibilisierung für das Thema kommunale Bildung
- Stadtschülerinnenrat und Stadtschulamt noch näher zusammengerückt
- offene Dialogkultur wirkt sich auf den Alltag aus
- neue Offenheit in der Verwaltung für andere Perspektiven
- positive öffentliche Resonanz

Kritische Selbstreflexion:

„Wir haben konkret diejenigen angesprochen, die Widerstände haben und es war uns wichtig, sie zu hören. Auch um zu schauen, was wir für den Prozess noch lernen können.“ (Ripperger)

- sorgfältige Methodenauswahl: „Unsere neuen externen Prozessbegleiter haben in der Umsetzungsphase viel bewirkt, da sie Dialogkompetenzen mitbrachten, die in unserem Prozess enorm wichtig waren.“ (Ripperger)
- Kernstück: konstanter Lenkungsreis (politischer Rückhalt) und wechselnde Pilotgruppen (Rückhalt aus der Praxis)

Nachhaltige Veränderungen:

- Lenkungsreis etabliert
- Mittel für weitere Stellen: für jede Bildungsregion eine Stelle, die die Selbstorganisation vor Ort unterstützt und die Vernetzung fördert
- abteilungsübergreifende Planerstellen

Auch die Umsetzung des Schulentwicklungsplans ist die Bildungskonferenz

„Von der Toilettenfrage über ‚Wo kann ich meinen Fahrradroller anschließen?‘ bis zum Thema Chancengerechtigkeit wurde diskutiert. Das war toll zu erleben!“ (Hullen)

- 200 Schülerinnen und Schüler von der Grund- bis zur Berufsschule beteiligt: Was gefällt euch? Was sollte anders werden? Welche Ideen habt ihr?
- vom Kind aus denken heißt: sich im Vorfeld zu überlegen, wie man die Veranstaltung sprachlich so aufbereitet, dass alle folgen können
- auch zukünftig sollen gesamtstädtische Bildungskonferenzen und Dialoge in den Bildungsregionen stattfinden

Ein Fazit:

- Vorbereitung braucht viel Aufmerksamkeit: Ziel, Prozessschritte, Akteure und ihre Rollen, Beteiligungsformate und Kommunikationswege müssen geklärt werden
- Zuhören als Schlüsselkompetenz im Beteiligungsprozess
- Öffnen und Schließen des Prozesses im Wechselspiel: Idee der Pilotgruppe, die einen Querschnitt der Region abbildet, die Inhalte verantwortet, regionale Themen identifiziert; danach regionaler Dialog mit allen Akteuren und Komprimierung der Themen

„Wir verstehen unsere Arbeit als Verwaltung als Rahmung. Denn wir stellen den Raum für Kommunikation und Dialog her.“ (Hullen)



LINKS

- Frankfurt macht Schule: www.isep.frankfurt-macht-schule.de
- Vortrag von Monika Ripperger im Großstadtnetzwerk: www.transferagentur-grossstaedte.de/veranstaltungen/kommunales-bildungsmanagement-und-kommunales-bildungsmonitoring



WER VISIONEN HAT ... KANN EINE STADT VERÄNDERN

„Ich möchte weg von dem Bildungstoaster und neue, flexible Lernorte gestalten“

Jan-Christopher Rämmer ist Bezirksstadtrat in Berlin-Neukölln. Aufgewachsen in Neukölln hat er eine besondere Sicht auf seinen Bezirk. Wir haben ihn nach seiner Vision für mehr soziale Gerechtigkeit gefragt.



Im Süden Neuköllns zwischen Gropiusstadt und Rudow wird der Campus Efeuweg entwickelt. Bezirksamt, Senatsverwaltungen, freie Träger, Universitäten und Unternehmen arbeiten zusammen, damit eine Bildungslandschaft für Kinder, Jugendliche und Erwachsene entsteht. Was ist die Vision dahinter?

Der Campus Efeuweg ist ein bildungspolitisches und stadtplanerisches Gesamtkonzept. Bildung ist hier integrierter Bestandteil von Stadtentwicklung. Dazu schauen wir nicht nur auf jede Einrichtung für sich, sondern wir entwickeln übergreifende Perspektiven. Der Campus soll gemeinsam von den ansässigen Schulen, dem Jugendclub, der Kindertagesstätte, der Volkshochschule, der Musikschule sowie Bewohnerinnen und Bewohnern genutzt werden. So können wir den Campus mit mehr Angeboten als nur mit Schule aufladen – im Sinne des lebenslangen Lernens. Ich möchte von diesem Bildungstoaster wegkommen: „Du hast zehn Jahre und danach fliegst du raus. Und je nachdem, was du geschafft hast, da mitzunehmen, viel Glück in deinem restlichen Leben.“ Dafür brauchen wir neue Bildungsorte!

Wie trägt das zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei?

Es darf eigentlich keinen Unterschied machen, ob ich in Neukölln oder in Wilmsdorf wohne! Macht es de facto aber. Wenn für den Bildungserfolg nicht nur die soziale Herkunft, sondern auch der Wohnort entscheidend ist, dann muss man eine räumliche Antwort finden. Wenn ich herausragende Schulen bewusst an Orte baue, wo die Ausgangslage schwierig ist, dann setze ich nicht nur ein Signal an die dortige Bevölkerung, sondern ich gebe Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Chance auf eine gute Begleitung und Bildungserfolg. Das hat viel mit politischem Willen zu tun. Und man muss das gegenüber anderen Interessengruppen rechtfertigen. Aber wenn man einen Leuchtturm bauen möchte, reichen zwei Bausteine nicht aus.

„Ich mache einen guten Bildungsort, dann habe ich einen zusätzlichen Pullfaktor. Auch um Familien vor Ort zu halten.“ Die degewo, so Rämmer, hat als Wohnungsbaugesellschaft Verantwortung übernommen für ein Wohngebiet in schwieriger sozialer Lage.

Außerdem glaube ich, dass das aktuelle Schülerwachstum dazu führen wird, dass sich die Nachbarschaft wieder stärker in den Grundschulen abbildet. Da werden wir mit der Gerechtigkeitsfrage vielleicht auch einen Schritt weiterkommen, weil die Gefahr reduziert wird, dass sich Eliteschulen bilden, in denen sich bildungsorientierte Eltern sammeln.

Beim Campus Efeuweg setzen Sie bewusst auf Beteiligung. Warum?

Wir müssen wegkommen von dem Gedanken: Was sich die Verwaltung ausgedacht hat, ist der Glücks- und Heilsbringer für alle. Den Campus Efeuweg haben wir von Anfang an beteiligungsorientiert geplant, damit die Akteure und Nutzer sich dort wiederfinden. Beteiligung ist dann Ideengeber und Inspiration, aber auch Korrektiv! Einfach nur ein Wunschdir-was zu bauen, funktioniert auch nicht. Da finde ich wichtig, ehrlich und offen zu sein – und als Schulträger auf Dinge hinzuweisen. Ich glaube, die Mehrzeit, die Beteiligung dauert, holt man am Ende wieder rein, weil es später weniger Diskussionen gibt.

Letztendlich gilt das auch nach innen. Wenn man Visionen gemeinsam entwickelt, dann sind daran auch die Mitarbeitenden in Verwaltung beteiligt. Wenn ich weiß, ich habe einen Teil beigesteuert, dann läuft vieles von alleine.

Hat der Prozess auch zu Veränderungen innerhalb von Verwaltung geführt?

Das geht schon in der Konzeptaufstellung los. Ich muss dafür sorgen, dass jeder seine Expertise einbringen kann: Ich kann z.B. keinen Schulplaner etwas zur Nutzung einer Volkshochschule schreiben lassen. Außerdem brauche ich die Straßenverkehrsbehörde, den Fachbereich Sport mit seinen Sportflächen, die Stadtentwicklungsverwaltung für die Umfeldgestaltung. Um das übereinander zu bekommen, müssen sich die Leute an einen Tisch setzen. Das hat auch etwas mit Augenhöhe zu tun. Niemand sollte den Chef raushängen lassen.

Bei so vielen Partnern in Verwaltung ist dann eine der größten Herausforderungen, dass die politischen Absichtserklärungen auf Leitungsebene letztendlich auf allen Arbeitsebenen ankommen. Da hat es sich bewährt, dass wir eine Person haben, die sich den ganzen Tag mit dem Projekt beschäftigt und in die entsprechenden Koordinierungs- und Kommunikationsstrukturen eintreten kann. Das kann eine politische Leitung allein nicht leisten.



„Es darf eigentlich keinen Unterschied machen, ob ich in Neukölln oder in Wilmsdorf wohne!“

Jan-Christopher Rämmer



Was sich auch geändert hat: Wenn sich die Akteure kennen, ist es später nichts Exotisches mehr, wenn wir für andere Vorhaben Stadtentwicklung und Jugend einbinden. Die Herausforderung ist, bestehende Strukturen zu nutzen und nicht immer neue Runden aufzusetzen.

Wenn Sie eine Verwaltungsvision entwerfen aus den Erfahrungen beim Campus Efeuweg, wie müsste sich die Zusammenarbeit entwickeln?

Wenn wir ein strukturiertes Bildungsmanagement hätten, das die entsprechenden Player nicht nur ad hoc zusammenbringt, sondern kontinuierlich, dann ließe sich noch mehr gestalten. Transparenz ist hier ein Thema. Ein großes Problem ist immer noch die Unkenntnis über die Angebote. Selbst in meiner eigenen Abteilung. Klar, ich bekomme von allen Bereichen alles mit. Aber ansonsten gibt es kaum eine Stelle, die die Fäden zusammenführt. Wenn wir dann noch ein Bildungsmonitoring hätten, wäre meine Idealvorstellung: Wir stellen Bedarfe fest, unterlegen das mit Befunden aus den verschiedenen Bereichen und entwickeln Maßnahmen.

In Neukölln können wir viel aus dem Programm Soziale Stadt und von den Quartiersmanagements lernen. Da gibt es die Erfahrung, wie sich Akteure mit verschiedenen Zuständigkeiten um ein Gebiet kümmern. Langfristig muss es darum gehen, diese Kompetenz der Querschnittszuständigkeiten weiterzuentwickeln. Auch wenn man einen vermeintlichen Einflussverlust fürchtet. Ich bin ein Kind der Sozialen Stadt, da braucht es keine Befindlichkeiten. Letztendlich brauchen wir abgestimmte Pla-

Förderprogramme nutzen

Auf dem Campus Efeuweg entsteht das Zentrum für Sprache und Bewegung. Es wird nicht nur von Schulen, der Volkshochschule und der Musikschule genutzt, es bietet auch Räumlichkeiten für die Kooperation mit ALBA Berlin, für Gastronomie sowie für die Bewohnerinnen und Bewohner. Das Zentrum wird u. a. durch das Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ mit 2,7 Millionen Euro gefördert. Hier gelten andere Richtlinien als beim Schulneubau. Das ermöglicht gestalterische Spielräume.

nungsräume! Meine Vorstellung ist, dass die Frage von Bildungsmonitoring, sozialräumlicher Planung und Bildungsverbänden in der Querschnittsaufgabe die Nachfolge des Quartiersmanagements antritt. Den enormen Erfahrungswert der Kolleginnen und Kollegen gilt es zu nutzen und fortzuführen.

LINKS

Campus Efeuweg:
www.campus-efeuweg.de
Zentrum für Sprache und Bewegung:
www.campus-efeuweg.de/index.php?id=49

ABC der Beteiligung

X für ein U vormachen
„Wenn Sie am Anfang Einflussmöglichkeiten suggerieren, die bei genauerer Betrachtung gar nicht vorhanden sind, werfen Sie in dem Moment einen Bumerang los, der Sie später mit ziemlicher Sicherheit noch am Kopf erwischen wird.“ (Freitag)

JURA
„Als Mitglieder von Vereinen beispielsweise haben die Kids formal jedes Recht, sich einzumischen und mitzuentcheiden. In der Realität sieht das jedoch anders aus.“ (Sturzenhecker)

HERAUSFORDERUNG
„Partizipation heißt, Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, Konflikte demokratisch zu lösen!“ (Sturzenhecker)

WIN-WIN
„Das Feedback der Planer lautet nicht selten: ‚Das war extrem hilfreich und hat das Konzept so gut gemacht.‘“ (Schäfer)

ENTSCHEIDEN
„Teilhabe ohne Mitentscheidung wird zum Almosen.“ (Sturzenhecker)

ZUSAMMENHALT
„Wir haben es in Berlin mit einer extrem gespaltenen Stadtgesellschaft zu tun. Deshalb ist es wichtig, den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu halten, ebenso wie zu den Organisationen vor Ort, wie z. B. Schulen, aber auch zu ehrenamtlich organisierten Institutionen, wie den Migrantenvereinen.“ (Helfen)

IDENTITÄT
„Eine Herausforderung bei der Entwicklung des Bildungsbands Osdorfer Born war es, zu zeigen, was der Anteil der jeweiligen Akteure im Prozess war.“ (Pampe)

DEMOKRATIE
„Partizipation leben, heißt, die Demokratie zu stärken“ (Kiehn)

MITSPRACHE
„Partizipation beginnt immer mit Artikulation. Auch wenn man damit möglicherweise erstmal Konflikte aufmacht.“ (Sturzenhecker)

LOBBY
„Die IBA Hamburg war Stadtentwicklung im Zeitraffer und traf in Wilhelmsburg auf eine sehr aktive Zivilgesellschaft.“ (Kiehn)

SOZIALRAUM
„Mir wurde schnell klar, dass wir mit unseren offenen Veranstaltungen nur bestimmte Menschen erreichen. Dann habe ich mich entschlossen, zufällig ausgewählte Leute vor Ort zu besuchen. Dabei habe ich mehr erfahren als in all den Jahren zuvor.“ (Freitag)

VERSTÄNDNIS
„Bei Festen sind wir immer vor Ort. Wir fallen dann nicht mit der Tür ins Haus und sagen: ‚Hallo, wir sind vom Quartiersmanagement und wollen mit Ihnen über unser Konzept sprechen.‘ Sondern wir fragen nach den Sorgen und Nöten der Bewohnerinnen und Bewohner und stoßen damit auf sehr großes Interesse.“ (Helfen)

GRUNDLAGE
„Wir holen die Meinungen ein, bevor die Planung begonnen hat. Denn wir wollen eine Entscheidungsgrundlage schaffen.“ (Schäfer)

ÜBERFORDERUNG
„Partizipation geht immer! Man kann und sollte aber mit kleinen Prozessen beginnen.“ (Eich)

KOSTEN
„Beteiligung kostet. Aber nicht zu beteiligen, kostet noch viel mehr.“ (Eich)

PERSPEKTIVE
„Das Netzwerk einer Bildungslandschaft wird meist dominiert von der Perspektive der Organisationen. In einer demokratischen Bildungslandschaft müssen aber auch die Perspektiven der Kinder, Jugendlichen und Eltern stark gemacht werden.“ (Sturzenhecker)

STEUERUNG
„Die Profi-Bürgerinnen und -Bürger, die immer da sind, müssen wir manchmal – gerade am Anfang – etwas zurückhalten. Das steuern wir über Methoden, die es allen leicht machen, sich zu beteiligen.“ (Freitag)

YIN UND YANG
„Am Ende sind alle stolz auf die tollen Ergebnisse.“ (Hullen)

BEDÜRFNIS
„Partizipation ist oft ein verschüttetes Grundbedürfnis.“ (Freitag)

ROLLE
„Am Anfang gab es Enttäuschungen. Da die ‚Profi-Bürger‘ dachten, dass wir Lobbyarbeit für ihre Interessen machen. In der Landesbehörde wiederum gab es die Erwartung, dass wir einen direkten Auftrag ausführen. Und in der Politik gab es das Bild, wir wären Ideengeber. Wir hingegen sahen uns als diejenigen, die die Leute vor Ort zusammenbringen und einen Rahmen für wirkungsvolle Beteiligung schaffen.“ (Kiehn)

ORGANISATION
„Eine gute Vorbereitung ist das A und O, damit so ein offener Beteiligungsprozess gelingt.“ (Ripperger)

PARAGRAF 11 SGB VIII
„Das ist kein Können; wir müssen Kinder und Jugendliche beteiligen.“ (Sturzenhecker)

ALLTAG
„In den alltäglichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern gibt es so gut wie keine demokratische Beteiligung. Auch deshalb wirkt der Anspruch darauf häufig so ungewohnt.“ (Sturzenhecker)

TRANSPARENZ
„Jugendliche verstehen, wenn etwas nicht geht, wenn die Verwaltung es ihnen erklärt.“ (Teilnehmer des Großstadtnetzwerks)

FINANZEN
„Budgets für Partizipation sind in der Verwaltung oft vorhanden – vor allem in der Stadtentwicklung. Die Frage ist: Wohin gehen die Finanzen – in eine Beteiligungsagentur oder auch in den Aufbau von Kompetenzen der Träger vor Ort?“ (Kiehn)

QUICK-WIN
„Man sollte sich auch überlegen, welche Projekte schnelle Erfolge für alle zeigen, so genannte Quick-wins.“ (Eich)

Gottfried Eich, Projektkoordinator Maritimes Zentrum Elbinseln, Stadteilschule Wilhelmsburg, Hamburg
Dr. Michael Freitag, Regionalbeauftragter & Koordinator Bürgerbeteiligung, Hamburger Bezirk Eimsbüttel
Thomas Helfen, Geschäftsführer Stadtkämmerei Berlin-Neukölln
Maren Hullen, Bildungsplanerin, Stadtschulamt Stadt Frankfurt
Bettina Kiehn, Vorstand Bürgerhaus Wilhelmsburg in Hamburg
Barbara Pampe, Leiterin des Projektbereichs Pädagogische Architektur, Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft
Monika Ripperger, Stabsstellenleiterin, Stadtschulamt Stadt Frankfurt
Sören Schäfer, Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinseln, Bürgerhaus Wilhelmsburg in Hamburg
Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker, Leitung des Arbeitsbereiches Sozialpädagogik, Universität Hamburg

Partizipation – Standbein der Demokratie!?



Prof. Dr. Andreas Thiesen

Dr. Michael Freitag

Prof. Dr. Andreas Thiesen, Professor für Sozialarbeitswissenschaft mit Schwerpunkt Sozialer Raum an der HTWK Leipzig, und Dr. Michael Freitag, Regionalbeauftragter und Koordinator Bürgerbeteiligung in Hamburg-Eimsbüttel, diskutierten über das Grundbedürfnis nach Beteiligung, Symbolpolitik und das Spannungsfeld zwischen Quantität und Qualität in Partizipationsprozessen.

Svenja Schönbeck und Sarah Wagner, Transferagentur für Großstädte:

Herr Freitag, Sie haben auf einer Veranstaltung der Transferagentur gesagt: „Partizipation ist ein verschüttetes Grundbedürfnis.“ Worin liegen die Gründe dafür?

Michael Freitag:

Das Bedürfnis, die eigene Lebenswelt zu gestalten, ist das natürlichste Bedürfnis. In der Schule verkümmert es jedoch häufig. Der Fokus in vielen Schulen liegt zu sehr auf den Machtverhältnissen zwischen den Statusgruppen. Die Schulkonferenz beispielsweise ist kein Ort, der als Parallele zur Demokratie durchgehen kann. Echte demokratische Erfahrungen lassen sich vor allem innerhalb des „Volks der Schülerinnen und Schüler“ initiieren. Doch das wird zu selten aktiv befördert. In der Kinder- und Jugendbeteiligung müssen wir das Grundbedürfnis dann wieder ausbuddeln.

Svenja Schönbeck und Sarah Wagner:

Herr Thiesen, Sie haben zum Thema Demokratie und Partizipation geforscht. Was ist Ihre These?

Andreas Thiesen:

Die sozialen und kulturellen Voraussetzungen zur Partizipation werden in unserer Gesellschaft bereits sehr früh gelegt. Die habituelle Dimension in der Diskussion um Partizipation ist unbedingt zu beachten. Jugendliche, die das Gefühl hatten, scheinbeteiligt worden zu sein, verhalten sich rational, wenn sie künftig Partizipationspraxen verweigern.

Man muss, auf Herrn Freitags These rekurrend, aber auch fragen, wer das „Grundbedürfnis Partizipation“ zugeschüttet hat. Oder besser gesagt: wie es zugeschüttet wurde. Das ist nicht nur die Schule. Wenn wir die Geschichte der Partizipationspraxis hierzulande beobachten, stoßen wir vor allem auf das Leitbild der „Sozialen Stadt“. Hier liegt für mich eines der größten Probleme: Da spezifische Stadtteile zu Laboren der Partizipation geworden sind, haben wir es heute häufig mit reproduktiven und wenig kreativen Ansätzen zu tun: Symbolpolitik! Und aus diesem Grund fragen Quartiersmanagerinnen und -manager auf Konferenzen regelmäßig: „Wie erreichen wir eigentlich diese oder jene Gruppen?“

Michael Freitag:

Die Frage nach der Erreichbarkeit von Zielgruppen wird mir auch häufig gestellt. Da wird zum Teil ein Zauberstab erwartet, mit dem die Diskrepanz von objektiver und subjektiver Bedeutung überwunden werden kann. Doch wenn keine Selbstwirksamkeit erwartet wird und junge Menschen in Konkurrenz zu vielen anderen Freizeitbeschäftigungen nur wenig Anreiz sehen, sich in einen Prozess einzubringen, lässt sich das methodisch nicht so einfach auflösen.

Andreas Thiesen:

Das Problem ist aus meiner Sicht, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Es gibt Räume wie Schulen, Stadtteile oder Quartiere, in denen Partizipation einen hohen pädagogischen und politischen Stellenwert genießt, die Ziele jedoch bereits vorgegeben sind. In der sozialen Stadtentwicklung: sozialräumliche Aufwertung, also Imagewandel, und Identifizierung mit dem Quartier. Durch solche Konzepte lassen sich heute jedoch keine Jugendlichen mehr begeistern. Die Perspektive muss sein, diesen symbolischen Stadtteilwettbewerb zu überwinden und die Ziele ergebnisoffen zu lassen.

Svenja Schönbeck und Sarah Wagner:

Was bedeutet das aus Ihrer Sicht für die Verwaltungspraxis, Herr Freitag?

Michael Freitag:

So sympathisch es erst einmal klingt, weniger Top-Down zu beteiligen: Wir dürfen nicht die Kolleginnen und Kollegen im Stich lassen, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben – in Hamburg Paragraf 33 Bezirksverwaltungsgesetz – dazu verpflichtet sind, an dem, was sie planen, zu beteiligen. Aber natürlich gilt es, auch Formen zu finden, wie ohne die Schere im Kopf Beteiligung ermöglicht werden kann.

Andreas Thiesen:

Die demokratischen Implikationen sind nicht verhandelbar. Aber: Im Zeitalter von Urban und Local Governance können Fragen der Partizipation nicht mehr ausschließlich juristisch, sondern vor allem politisch gelöst werden. Ich sehe in Leipzig, wie zivilgesellschaftliche Initiativen seit Jahren zeigen, dass Selbstwirksamkeit, Resilienz und Empowerment keine leeren Überschriften aus Seminaren sind. Sie haben sich längst auf den Weg gemacht, konsensuale Demokratieformen zu erproben. Gleichzeitig wissen wir empirisch wenig darüber, wie diese transformativen Ansätze funktionieren. Hier steht möglicherweise eine Tür offen, durch die Verwaltung und Politik gehen sollten – natürlich nicht, ohne vorher anzuklopfen.

Michael Freitag:

„Anzuklopfen“ ist ein hervorragendes Stichwort. Denn nach meiner Erfahrung treffen wir in Beteiligungsprojekten, bei Veranstaltungen, zu denen offen eingeladen wird, und auch in zivilgesellschaftlichen Initiativen nicht nur quantitativ nur einen Bruchteil der Bevölkerung. Es handelt sich auch um eine hochselektive Gruppe, die zum Rest der Bevölkerung eine Distanz aufweist. Ich habe mir irgendwann einen Block geschnappt und in einem Stadtteil tagelang an zufällig ausgewählte Haustüren geklopft. Diese Tür-und-Angel-Gespräche gaben mir mehr Einblick als viele Beteiligungsveranstaltungen zusammen. Mir hat sich die Frage gestellt, ob wir durch unsere üblichen Formate und Initiativen nicht ein Zerrbild dessen haben, wie die Bevölkerung tickt.

Svenja Schönbeck und Sarah Wagner:

Herr Thiesen, Sie sagten, dass sich die Politik in Leipzig auf den Weg gemacht hat, konsensuale Demokratieformen zu erproben. Können Sie ein konkretes Good-Practice-Beispiel nennen?

Andreas Thiesen:

Ich denke, wir sollten erst einmal unsere eigenen Begriffe auf den Prüfstand stellen: Good Practice bedeutet für mich: weiter so wie bisher. Eine öffentlich inszenierte Tanzveranstaltung auf einem Stadtteilfest: Good Practice! Vielleicht ist Better Practice ein geeigneter Begriff. In Leipzig gibt es eine eigene zivilgesellschaftliche Ökonomie: Initiativen, die bessere Praxen entwickeln und die transformative Stadt konkret gestalten. „Interaction Leipzig“ ist eine Initiative, die sich in der Arbeit mit Geflüchteten nicht mit Begriffen wie Betreuung oder Kümern aufhält, sondern nach transkultureller Augenhöhe strebt.

Michael Freitag:

Mich beschäftigt dabei, ob in diesen Initiativen eine Abkehr vom vornehmsten Recht der Demokratie deutlich wird: dem passiven Wahlrecht. Wir reden so viel über Beteiligung und Protestkultur. Doch dass die Bevölkerung in einer überwältigenden Mehrheit denkt: „Hier bin ich mit meinem privaten Leben und irgendwo anders ist die Welt der Politik“, das bereitet mir schlaflose Nächte. Die Euphorie über Beteiligung ändert nichts daran, dass wir weiterhin in einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie leben. Aber kaum jemand ist noch bereit, auf ganz klassische Weise Verantwortung zu übernehmen.

Andreas Thiesen:

In einer politischen Epoche des Spektakels, in der die Euphorie über den einzigen aussichtsreichen Gegenkandidaten bei der Bundestagswahl keine zwei Wochen gehalten hat und dieser Effekt viele zu Recht frustriert, stellt sich Lethargie ein. Von Politikverdrossenheit kann jedoch keine Rede sein.

Ich teile Ihre Auffassung, Herr Freitag, dass das passive Wahlrecht derzeit im Begriff ist, an politischem Wert zu verlieren. Ich sehe einen der wenigen Auswege in einer entschiedenen Abkehr von Symbolpolitik ebenso wie vom Populismus – der immer politisch rechts zu verorten ist – und in der Hinwendung zu einer leidenschaftlichen Neujustierung des Konzeptes der sozialen Gerechtigkeit.



STADTSPAZIERGANG

Nicht nur eine Strecke, die von A nach B führt – das Bildungsband Osdorfer Born

Der Osdorfer Born im Hamburger Bezirk Altona gilt gemeinhin als Brennpunktstadtteil. Die 50 Jahre alte Großsiedlung im Westen der Hansestadt hat sich mit den Jahren jedoch eine dicht gewebte Bildungslandschaft aufgebaut, die sich sehen lassen kann. Ihr einziges Manko: Die Einrichtungen können sich wortwörtlich gegenseitig nicht erblicken, zu verwirrend ist die Wegführung, zu hoch und dicht stehen die Pflanzen. Doch der Neubau einer Stadtteilschule warf einen Beteiligungsprozess in Gang, der aus Pfaden Verbindungen und aus versteckten Spielplätzen Orte zum Verweilen machen soll. Um das zu verwirklichen arbeiteten Bezirk, Stiftung und Bevölkerung zusammen – unterstützt durch das studio urbane landschaften.



„Die Bäume sind viel zu hoch, sie nehmen das ganze Licht weg. Wären die weg und stünden hier Bänke, würde ich mich hier öfter aufhalten.“ Wir sind im Osdorfer Born unterwegs. Ein Hamburger Stadtteil und so genannter sozialer Brennpunkt, der für gewöhnlich nur dann Aufmerksamkeit bekommt, wenn etwas Negatives zu berichten ist. Es ist ein Dienstagnachmittag. Zwei junge Männer unterhalten sich mit Thomas Gräbel. Er und sein Team vom studio urbane landschaften haben sich am Zugang zum Bürgerhaus Bornheide positioniert, der zentralste Platz der Gegend. Überall stehen leere Getränkekisten, auf einem Tapeziertisch liegen Pläne des kleinen Weges „Am Barls“ aus, der als erste Maßnahme im Rahmen des Projektes „Bildungsband Osdorfer Born“ neugestaltet werden soll.

Der Architekt und Stadtforscher Thomas Gräbel verweilt hier noch drei Stunden: „Wir sprechen die vorbeikommenden Menschen an und fragen, was ihrer Meinung nach eine Verbesserung des Weges bedeuten würde.“ Dabei können sie sich entweder zum Belag des Bodens äußern, zum Lichteinfall oder sie stellen die Kisten an die Stelle, an der sie sich eine Bank vorstellen können. Angekündigt hat die Aktion das Quartiermanagement; auch die Schulen haben ihre Kinder und Jugendlichen darauf hingewiesen. Ältere Bewohnerinnen und Bewohner des Borns gesellen sich ebenfalls dazu und beschreiben ihre Anliegen.

Eigentlich hat der Stadtteil genau das, was sich die meisten Menschen einer Großstadt wünschen: Er ist grün und verfügt über viel Platz. Die kleinen Wege verlaufen abseits des Verkehrs. Doch im Osdorfer Born verwehren vor allem Büsche die Sicht auf Spielplätze, Schulen, Sportplätze und andere Bildungseinrichtungen in unmittelbarer Umgebung. Ihnen fehle zum Teil, so Thomas Gräbel, durch die hohen Bäume der Bezug zum Straßenraum. Das ist ein typisches Phänomen aller Orte im Osdorfer Born.

Den Blick fürs Wesentliche schaffen – die Bildungslandschaft Osdorfer Born

Aus diesem Grund hat der Bezirk Altona gemeinsam mit der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft einen Beteiligungs- und Entwurfsprozess angestoßen. Er soll verdeutlichen, wie vor allem die jungen Menschen ihren Stadtteil sehen, nutzen und gern nutzen würden. Das „Bildungsband Osdorfer Born“ soll zukünftig die Einrichtungen mit dem Stadtteil stärker verweben.

„Denn es sollte nicht nur ein schöner Weg entstehen, der von A nach B führt“, so Thomas Gräbel. „Eine gut ausgebaute Bildungslandschaft in Bezug auf Inhalte gibt es hier bereits. Wir wollen mit dem Bildungsband die Qualität der Räume in den Blick nehmen und herausarbeiten“, erklärt Barbara Pampe, Leiterin des

„Sich nur auf Wege zu beschränken, das greift zu kurz. Die Bildungseinrichtungen müssen mit der Alltagswelt von Kindern und Jugendlichen verbunden werden.“

Thomas Gräbel,
studio urbane landschaften – bildung

“



Der Osdorfer Born

Das Gebiet bietet fast 14.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ein Zuhause. Der Migrationsanteil beträgt ca. 62,8 Prozent. „Der Stadtteil ist bunt gemischt. Hier leben über 70 Nationen zusammen, gleichzeitig auch Alteingesessene, die seit der Entstehung hier wohnen“, so Adel Chabrak vom Bezirksamt Altona. Der Osdorfer Born feiert in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag.



1 Das Bürgerhaus Bornheide ist umgeben von vielen weiteren sozialen Einrichtungen

Projektbereichs Pädagogische Architektur der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft. „Der Prozess ist optimal gelaufen, wenn am Ende Räume und Orte entstehen, die zum Verweilen einladen, wo sich die Menschen sicher fühlen und miteinander interagieren.“ Gemeinsam mit Bildungskordinator Adel Chabrak und Magret Heise, Anwohnerin, Leiterin des Spielhauses Bornheide und Mitglied der Borner Runde, treffen wir Pampe und Gräbel für einen Spaziergang durch den Born. Zusammen haben sie den Prozess aufgesetzt, geplant und begleitet. „Wir sind sehr gut ausgestattet mit vielen Angeboten und Einrichtungen, die der Bildung zugutekommen und die gut aufgenommen sowie genutzt werden. Doch sie sind zum Teil schwer auffindbar“, so Chabrak. Für die Vernetzung einer eigentlich optimal verknüpften Bildungslandschaft ist das eine handfeste Herausforderung.

Angefangen hat alles mit der „Phase Null“ im Jahr 2013: Die Geschwister-Scholl-Stadteilschule sollte einen Neubau erhalten. Um diesen Prozess von Anfang bis Ende professionell durchzuplanen, bewarb sich der Bezirk 2014 beim Wettbewerb „Schule planen und bauen“ der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft – und gewann. Ein Team aus einem Architekten, einem Schulentwickler, der Schule, der Behörde für Schule und Berufsbildung, Bezirksamt, Haus der Jugend, Kindermuseum KLICK, Spielhaus Bornheide, Volkshochschule, Pro Quartier Lesenetz Hamburg, Bürgerhaus Bornheide und Landesinstitut für Lehrerbil-

dung und Schulentwicklung entwickelte gemeinsam ein Konzept zur Neugestaltung der Schule. „Der Prozess war die Initialzündung für den Gedanken, dass Schule im Stadtteil gedacht werden muss“, so Thomas Fischer von der Abteilung Integrierte Stadtteilentwicklung des Bezirks. Im Zuge dessen entstand die Idee des Bildungsbandes. „Gleichzeitig standen und stehen uns durch das ‚Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung – RISE‘ bis 2021 finanzielle Ressourcen zur Verfügung, die man mit den Ergebnissen und baulichen Empfehlungen einer Studie, wie dem Bildungsband, synchronisieren kann.“

Grenzen überschreiten – Kooperation und Kommunikation im Bildungsband

Seitens der Anwohnerschaft herrschte zunächst Skepsis, war doch das Konzept des Bildungsbandes recht abstrakt. „Für das Verständnis vor Ort war die Konkretisierung, was sich eigentlich hinter dem Label ‚Bildungsband‘ verbirgt, wichtig. Das hat die Abschlussbroschüre des vom studio urbane landschaften – bildung entwickelten Beteiligungsprozesses mit konkreten Projektideen gut geleistet“, so Fischer. Auch ganz konkret äußerten sich die Sorgen über neue Vorhaben. So verweist Margret Heise, Mitglied im Beteiligungsgremium des Stadtteils Borner Runde, auf neu angelegte Wege, die die Gefahr der Verdrängung von Cliquen bergen, da diese ihren Aufenthaltsplatz verlieren könnten. „Das Bildungsband an und für sich befürwortet

Wir wollen mit dem Bildungsband die Qualität der Räume in den Blick nehmen und herausarbeiten.

Barbara Pampe,
Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft



2 Getränkeboxen markieren, wo sich Bürgerinnen und Bürger eine Bank wünschen



3 Der Spielplatz direkt an der Straße Bornheide ist einer der zentralsten Orte des Stadtteils



die Runde. Doch es braucht Transparenz und Kommunikation in alle Richtungen, um für gegenseitige Akzeptanz zu werben.“

Die Dezernate Wirtschaft, Bauen und Umwelt sowie Soziales, Jugend und Gesundheit unterschrieben eine Zustimmungserklärung, die beinhaltet, dass geplante Maßnahmen dem Bildungsband unterzuordnen sind. Fällt also ein ohnehin geplantes Bauvorhaben in das Gebiet des Bildungsbandes – beispielsweise die Neugestaltung von Wegen, die an Spielplätze oder Bildungseinrichtungen angrenzen – müssen sich die Ressorts abstimmen und gemeinsam planen. Die klassischen Zuständigkeitsgrenzen werden hier zu Gunsten der Sache überschritten. Auch wenn das ein höheres Maß an Kommunikation erfordert.

Von digitalen Trampelpfaden ...

Der nächste Schritt rund um das Bildungsband war, herauszufinden, wo sich die Kinder und Jugendlichen im Stadtteil überhaupt aufhalten. Ausgestattet mit einer Stadteilkarte wurden sie vom studio urbane landschaften losgeschickt mit dem Auftrag: „Zeichne die Strecke ein, die du in deinem Stadtteil oft gehst. Wo würdest Du Pause machen? Was würdest Du hier gerne tun?“ Dass Kinder und Jugendliche von Anfang an am Prozess aktiv partizipieren, das war Teil der konkreten Aufgabenstellung seitens aller Akteure.

Neben der Skizzierung von eigenen Wegen waren Stadtteilspaziergänge in Begleitung der Fachleute ebenfalls Teil des breit angelegten Beteiligungsprozesses. Daran nahmen auch Anwohnerinnen und Anwohner sowie Mitarbeitende der Bildungseinrichtungen des Borns teil. Sie erläuterten dem Studioteam, zu dem neben Thomas Gräbel Hille von Seggern und Sabine Rabe gehörten, welche Hindernisse es gibt und schilderten ihre Sicht auf ihr Umfeld und machten auf Hindernisse aufmerksam. Margret Heise war eine der Teilnehmerinnen. Die Leiterin des Spielhauses Bornheide und selbst Anwohnerin des Borns, erklärt: „Der Spielplatz ist der Dreh- und Angelpunkt für alle.“

Das zeigte auch die Auswertung der vielen Routen, die die Kinder und Jugendlichen aufgezeichnet hatten: Der Spielplatz an der Bornheide ist einer der belebtesten und meist aufgesuchten Plätze im Born – nicht nur von Kindern. Auf dem Vorplatz befinden sich Bänke, die es so vor Beginn des Prozesses nicht gab. Befestigt waren weder die Verbindungswege noch der Platz an sich. „Die Bildungseinrichtungen bieten unglaublich gute Angebote. Wir wollen, dass sie auch visuell Bezug aufeinander nehmen“, so Adel Chabrak.



... zu echten Wegen und nachhaltigen Strukturen

Im Zuge des Entwicklungsprozesses des Bildungsbandes wurde eine Fachgruppe gegründet, zu der auch das studio urbane landschaften und die Montag Stiftung gehörten und die von Adel Chabrak und Thomas Fischer geleitet wird. Die Stiftung hat das Bezirksamt inhaltlich bei der Entwicklung des Bildungsbandes sowie finanziell durch die Beauftragung von studio urbane landschaften unterstützt. Die Fachgruppe besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Fachämter, wie Jugendamt, die Fachämter Sozialraummanagement, Management des öffentlichen Raumes, Stadt- und Landschaftsplanung. Die politischen Ausschüsse werden regelmäßig von den Entwicklern des Bildungsbandes informiert. So werden nicht nur fachamterspezifische Einschätzungen eingeholt, auch die politische Legitimation

wird auf diesem Weg gesichert. „Neben der klassischen Arbeit in der Verwaltung, von deren Expertise wir für das Bildungsband profitieren, bedarf es aber auch immer wieder neuer experimenteller und kreativer Ansätze. Für diese Form des Querdenkens brauche ich hin und wieder ein Mandat“, so Chabrak.

Barbara Pampe sieht das Potenzial des Projekts darin, eine Sensibilität für ämterübergreifende Zusammenarbeit zu schaffen. Denn, so Pampe, „die Verwaltung im Allgemeinen ist nicht darauf ausgerichtet.“ Das geht mit einem hohen Aufwand einher, da die Maßnahmen und Zuständigkeiten im Born hochkomplex sind. „Ganz am Anfang des Prozesses sollte zur Übersicht ein Plan erstellt werden, auf dem alle aktuellen und geplanten baulichen Maßnahmen im Osdorfer Born dargestellt sind. Der Aufwand, die Informationen aus den unterschiedlichen Abteilungen des Bezirksamts und der Verantwortlichen vor Ort zusammen-

Das Community-Center

Das Bürgerhaus Bornheide steht auf einem Gelände mit weiteren sozialen und Bildungseinrichtungen: z. B. der Zirkus Abrax Kadabrax mit seinem pädagogischen Angebot, das Spielhaus Bornheide, die Kita Sonnengarten, die Großstadt Mission Jugendhilfe GmbH oder die Elternschule Osdorf. Der Bereich wurde 2013 im Rahmen der Gebietsentwicklung (RISE) durch das Bezirksamt als Community-Center errichtet.

zutragen, war immens und sehr zeitintensiv“, so Pampe. Aus diesem Grund brauche es jemanden, der für die Sache brennt. Adel Chabrak und Thomas Fischer sind zwei davon. Mit ihrem Engagement haben sie schon vieles erreicht – auch über den Osdorfer Born hinaus.

1 Barbara Pampe, Margret Heise und Thomas Gräbel (v.l.)



Abstecher: Das Born-Center und das KLICK Kindermuseum

Wie weit Sichtbarkeit, Erreichbarkeit und Frequentierung innerhalb des Sozialraums auseinanderliegen können, das zeigt ein weiterer Gang Richtung Born-Center. Um es zu erreichen, muss zunächst eine zweispurige Straße überquert werden. Die ehemals offene Ladenpassage bietet allen Anwohnerinnen und Anwohnern Einkaufsmöglichkeiten. Für die Kinder und Jugendlichen dient es – neben dem Spielplatz gegenüber – als zentraler Treffpunkt. Ein lebendiger Ort. Schlängelt man sich durch das Center, kommt man vorbei an der Bücherhalle und erreicht schließlich das KLICK Kindermuseum. Was so anmutet wie ein Geheimweg, ist der Haupteingang des Museums, das über Hamburgs Grenzen hinaus bekannt und sehr beliebt ist.



- 2 Ein Ort nicht nur zum Shoppen: Das Born-Center ist beliebter Treffpunkt des Stadtteils
- 3 Das KLICK Kindermuseum, dessen Zugang durch das Born-Center erreicht wird

Chabrak ist seit 2012 Bildungskordinator im Bezirksamt Altona. Mit insgesamt 14 Stadtteilen ist der Bezirk einer der größten Hamburgs. Entsprechend hoch ist der Investitionsbedarf. Das Bildungsband zeigt hier bereits Wirkung, erläutert Chabrak: „Viele Maßnahmen, die wir im Osdorfer Born geplant haben, sind auf der Prioritätenliste des Bezirksamtes nach oben gerutscht.“ Diese Priorisierung der Maßnahmen sind neben der konzeptionellen Klammer des Bildungsbandes vor allem der Einbettung in die RISE-Gebietsentwicklung und der damit verbundenen Fördermöglichkeiten, wie zum Beispiel die „Soziale Stadt“, geschuldet. Dafür mussten die Fachämter aus einem Sprachrohr sprechen. Das war wohl die größte Herausforderung seitens der Verwaltung. Jedoch stand die Amtsspitze in Person von Dr. Liane Melzer als Leiterin des Bezirksamts von Beginn an hinter dem Projekt.

Die Zielgruppe im Blick

Der Stadtteil ist grundsätzlich in Partizipation geübt: Einmal im Monat treffen sich bei der Stadtteilkonferenz die Vertretungen aller Einrichtungen. Zudem gibt es die Born-Runde, ein Beteiligungsgremium von Bürgerinnen und Bürgern, das sogar über finanzielle Investitionen im Stadtteil entscheiden darf. Margret Heise ist Mitglied der Runde: „Es ist trotz der niedrigschwelligen Möglichkeit, an solchen Prozessen teilzunehmen, immer wieder kritisch darauf zu achten, wer sich tatsächlich beteiligt und wie bestimmte Gremien besetzt sind. Das hat einen direkten Einfluss auf die Entscheidung. Die Runde ist zum Beispiel mit eher älteren Menschen besetzt, da müssen wir versuchen, uns ein bisschen zu verjüngen, um die Repräsentativität zu wahren.“ Und die Macher von Beteiligungsprozessen müssten dorthin gehen, wo „die Zielgruppen, die man erreichen möchte, sowieso sind: z. B. im Mutter-Kind-Haus oder im Haus der Jugend.“

Thomas Gräbel bestätigt: „Die Intention eines Beteiligungsverfahrens ist, Änderungen im Sinne der Beteiligten zu vollziehen. Im allerbesten Sinne bedeutet das eine Verbesserung.“ Doch man dürfe ein Gebiet und seine Kinder und Jugendlichen nicht „überbeteiligen“: „Es muss nach Ende einer Beteiligungsaktion tatsächlich etwas passieren.“



LINKS

Alle genannten Institutionen, Projekte und Materialien:
www.transferagentur-grossstaedte.de/magazin-2017/stadtpaziergang

Rund um das Thema Demokratie und Partizipation

youthpart
#lokal

Leitfaden:
„kommunale jugendbeteiligung in der digitalen gesellschaft“

Der Leitfaden zeigt an Hand von Praxisbeispielen, wie Kommunen erste Schritte zu einer zeitgemäßen Jugendbeteiligung gehen können. Im ersten Teil der Broschüre erhalten Sie Hinweise zu Chancen und Grenzen sowie grundlegenden Voraussetzungen von ePartizipation. Im zweiten Teil finden Sie praktische Tipps zur Umsetzung der Methode.

www.dkjs.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/programme/Leitfaden_Jugendbeteiligung.pdf

Stark
im Land

Programme der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung:
„Stark im Land – Lebensräume gemeinsam gestalten“

Wie lassen sich junge Menschen dazu ermuntern, ihre Gemeinde aktiv mitzugestalten? Welche Beteiligungsstrukturen sind die richtigen und wie sieht eine kinder- und jugendgerechte Kommune aus? „Stark im Land“ verknüpft praxiserprobte Ansätze und Instrumente, um Kinder- und Jugendbeteiligung im ländlichen Raum in Sachsen voranzubringen und vereint unter seinem Dach weitere Programme der DKJS, wie „Demokratie in Kinderhand“, „Jugend bewegt Kommune“ und „Hoch vom Sofa!“.

www.dkjs.de/themen/alle-programme/stark-im-land

„Hoch vom Sofa!“ ermuntert Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren dazu, sich einzumischen – im Dorf, in der Stadt oder im Viertel. Gefragt sind Ideen, die vor Ort etwas verändern. Einmal im Jahr können Jugendliche gemeinsam mit ihrem Kooperationspartner, z. B. ein Verein oder Gemeindevertreter, ihre Wünsche einreichen. Eine Jury aus Jugendlichen und Erwachsenen wählt 20 Initiativen aus, die umgesetzt werden.

www.hoch-vom-sofa.de

jugend.beteiligen.jetzt

Für die Praxis digitaler Partizipation

Entscheidungshilfe:

Die Entscheidungshilfe der Plattform www.jugend.beteiligen.jetzt bietet Orientierung und Inspiration bei der Suche nach einem geeigneten digitalen Beteiligungstools. Einfach die neun Fragen beantworten und ein Vorschlag für das passende Werkzeug zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erscheint.

www.jugend.beteiligen.jetzt/werkzeuge/entscheidungshilfe



Methodenkoffer:
„Lernorte der Demokratie im Vor- und Grundschulalter“

Erfahrung mit den demokratischen Aspekten des Zusammenlebens sollten Kinder so früh wie möglich machen. Prägend sind vor allem das Elternhaus, die Kita und später die Schule. Kinder handeln Positionen aus, erleben sich als selbstwirksam und übernehmen Verantwortung für sich und andere. Im Rahmen des Programms „Demokratie von Anfang an“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung ist eine Methodensammlung entstanden, die gleichzeitig als Leitfaden dient.

www.dkjs.de/fileadmin/Redaktion/Dokumentethemen/fruehe_bildung/demokratie_von__anfang_an-arbeitsmaterialien_fuer_die_kitapraxis.pdf

TRANSFERjournal:
„Bildungskonferenzen – Zwischen Beteiligung und Steuerung“

Bildungskonferenzen versammeln Akteure vor Ort. Doch welche Rolle nehmen sie dabei ein? Sind sie offen für jeden? Und wie werden die Ergebnisse in Verwaltung und Politik aufgenommen? Diesen Fragen widmet sich das TRANSFERjournal der Transferagentur NRW. Ein Beitrag der Transferagentur für Großstädte beschäftigt sich mit dem Analyseraster für Kommunen und konkret mit der Rollen- und Funktionsklärung von Bildungskonferenzen.

www.transferagentur-nordrhein-westfalen.de/angebote/transferjournal

1 | 2017
TRANSFER
journal

Magazin für kommunale Bildungslandschaften 2 | 2017
bewegt

Texte

Svenja Schönbeck,
Sarah Küchau,
Julia Nast,
Sarah Wagner

Redaktion

Sarah Küchau,
Svenja Schönbeck

Gestaltung

Studio GOOD, Berlin

Druck

Druckerei J. Humburg GmbH Berlin

© Herausgeber

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung
gemeinnützige GmbH
Tempelhofer Ufer 11
10963 Berlin

ISBN 978-3-940898-48-7

Bildnachweis

Chiussi, Piero (S. 6)
Fiedler, Christine (S. 5)
Freitag, Ian Finlay (S. 14-15 (M. Freitag))
Högner, B. (S. 8 (M. Ripperger))
Hullen, Maren (S. 8 (M. Hullen))
kommaberlin Thorsten Reuter (S. 11)
DKJS (Titelbild, S. 5, S. 14-15 (S. Schönbeck und S. Wagner), S. 19 (Bild 2))
Scheffka, Frank (S. 4, S. 10)
Schleper, Holger/Hochschule Osnabrück (S. 7)
Schröder, Andreas/HTWK Leipzig (S. 14-15 (A. Thiesen))
Shutterstock.com (S. 12)
Wilken, Jann (S. 2, S. 16-18, S.19 (Bild 1 und 3), S. 20-21)



Ihre Meinung ist uns wichtig!

Wie hat Ihnen diese Publikation gefallen?
Was können wir besser machen?

Wir freuen uns über Ihr Feedback.

sarah.kuechau@transferagenturen-grossstaedte.de

Die Transferagentur für Großstädte der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung unterstützt Städte beim Aufbau eines datengestützten Bildungsmanagements. Sie ist Teil der „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“. Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Partner sind die Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., die Bürgerstiftung Bremen, die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg und die Bremer Senatorin für Kinder und Bildung.

www.transferagentur-grossstaedte.de

Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) setzt sich für Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen ein. Für dieses Ziel bringt die DKJS Akteure aus Staat, Wirtschaft, Praxis und Zivilgesellschaft zusammen und entwickelt mit ihnen praktische Antworten auf aktuelle Herausforderungen im Bildungssystem.

www.dkjs.de



Alle Veranstaltungen der Transferagentur für Großstädte finden Sie unter www.transferagentur-grossstaedte.de/veranstaltungen